

Wahlmanifest der WASG

verabschiedet auf dem Parteitag in Kassel vom 3. Juli 2005

Wir nehmen die politische Herausforderung der vorgezogenen Bundestagswahlen an.

Unsere Aufgaben:

- Demokratie stärken,
- eine starke Kraft für Arbeit und soziale Gerechtigkeit in den Bundestag bringen,
- eine neue politische Vertretung der Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland aufbauen.

Wir rufen unsere Mitglieder und alle Bürgerinnen und Bürger auf, bei der Bundestagswahl 2005 die Kandidatinnen und Kandidaten und die Listen der Linkspartei zu wählen.

Führen wir gemeinsam einen engagierten Wahlkampf gegen die unsoziale, neoliberale Politik der etablierten Parteien.

Mit ihrem Coup vorgezogener Neuwahlen entziehen sich SPD und die Grünen einer Diskussion über die Gründe ihrer wiederholten Wahlniederlagen. Die rot-grüne Regierungskoalition will ein Vertrauensvotum für die ökonomisch, sozial und politisch gescheiterte Politik der Agenda 2010 erzwingen.

Diese Politik

- hat nicht zu mehr Beschäftigung durch höheres Wirtschaftswachstum geführt;
- im Gegenteil, die Arbeitslosigkeit ist deutlich angestiegen;
- hat die finanzielle Situation des Staates weiter verschärft;
- die soziale Kluft zwischen Arm und Reich ist vergrößert und der Grundwert »soziale Gerechtigkeit« ausgehebelt worden.

Diese Politik wurde von den Wählerinnen und Wähler in neun Landtagswahlen abgelehnt. Keine der »Reformen« sind den Wählerinnen und Wählern im Jahr 2002 angekündigt worden. »Agenda 2010« steht deshalb für Wahlbetrug und Entsolidarisierung.

Ob Krankenkassen, Alterssicherung, Arbeitsmarkt oder Staatsverschuldung – überall Verschlechterungen. Die Steuergeschenke für die Kapital- und Vermögensbesitzer haben die öffentlichen Kassen ausgezehrt. Rot-Grün steht vor einem Scherbenhaufen.

Die Gewinner des Coup von Schröder und Müntefering werden CDU/CSU und FDP sein, die sich hinter einer noch radikaleren neoliberalen »Agenda für Arbeit« versammeln.

Die Republik steckt in einer tiefen politischen Krise. Die Parteien vertreten immer weniger die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung. Die WASG steht für einen Neuanfang.

Wir zeigen: Es gibt Alternativen, und sie sind machbar.

Wir sorgen dafür,

- dass die Menschen tatsächlich eine Wahl haben.

- Wir wollen eine starke Linkspartei, die nicht nur auf Parlamentsbänken, sondern breit in der Bevölkerung verankert ist.

- Die Linkspartei soll eine hörbare und nicht zu ignorierende Stimme in Parlament und in Öffentlichkeit sein, für Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte und Beamte, für Hartz IV-Opfer und Erwerbslose, Mini-Jobber und Zeitarbeiter, für Rentnerinnen und Rentner, für Eltern, die ihre Kinder in oft baufällige Schulen schicken müssen, eine Stimme für ökologische, soziale und friedenspolitische Bewegungen.

Die rot-grüne Bilanz

- Die rot-grüne Koalition war angetreten, die Rentenkürzungen der Regierung Kohl auszusetzen. Sie endet mit massiveren Leistungseinschnitten als jede Regierung zuvor. Die Verweigerung von Rentenanpassungen an das steigende Preisniveau und die den Rentnerinnen und Rentner verordneten Mehrausgaben im Gesundheitsbereich führen zu realen Rentenkürzungen. Und das ist nur der Einstieg in die beschlossene Absenkung des Rentenniveaus in den kommenden zwei Jahrzehnten. Es droht die Rückkehr massenhafter Altersarmut.
- Das »Gesundheitsmodernisierungsgesetz« hat den BeitragszahlerInnen und Kranken viele zusätzliche Belastungen auferlegt (Praxisgebühr, Zuzahlungen, Privatisierung von Leistungen). Die versprochene Senkung der Krankenkassenbeiträge ist ausgeblieben. Zahnersatz und Krankengeld müssen von den Versicherten allein bezahlt werden, ohne Arbeitgeberbeitrag.
- Die Hauptverlierer der Agenda-Politik sind die Langzeitarbeitslosen. Die rotgrüne Regierung hat die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds drastisch zusammengestrichen. Die Arbeitslosenhilfe wurde abgeschafft. Durch die verschärfte Anrechnung von Rücklagen und Partnereinkommen werden die Familien in den Sog der Armut hineingerissen. Entgegen allen Ankündigungen wurde das Arbeitslosengeld II auf das Niveau der Sozialhilfe gedrückt. Statt »fördern« steht »fordern« auf der rot-grünen Agenda: mit verschärften Kontrollvorschriften und Zumutbarkeitsregelungen, die weder Rücksicht auf Qualifikation noch tarifliche Entlohnungsbedingungen nehmen.
- Die Verteilung der Einkommen und Vermögen ist noch ungerechter geworden. Die Demontage des Sozialstaates verschärft die soziale Polarisierung.
- Fast fünf Millionen erfasste und über sieben Millionen tatsächliche Arbeitslose sind eine erschütternde Bilanz.
- Die drohenden ökologischen Probleme konnten durch die bisherige Politik nicht einmal im Ansatz abgewendet werden.
- Völkerrechtswidrige Kriegseinsätze mit tausenden zivilen Opfern.

Die Konjunktur bleibt auf Talfahrt. Die Investitionen der Unternehmen sind unzureichend, weil sich auf dem Binnenmarkt keine Steigerung des Absatzes abzeichnet. Kein Wunder, wenn öffentliche Leistungen und Investitionen immer weiter gekürzt werden und der Druck auf die Löhne immer stärker wird.

Rot/Grüne Perspektiven

Rot/grün hat sich zur Hauptakteurin des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben entwickelt. SPD und Grüne haben sich von ihren Grundsätzen verabschiedet.

Die Grundlage für ihre reformpolitische Aktivität und beschäftigungspolitische Inaktivität ist nun ihr geradezu missionarisches Verständnis von gesellschaftlicher "Modernisierung" als Staatsaufgabe.

Die politische Logik der "modernen" Sozialdemokraten basiert darauf, dass im Zeitalter der Globalisierung soziale Gerechtigkeit angeblich nicht mehr verwirklicht werden kann.

Aus der neoliberalen Sicht von Rot/Grün stagniert die Beschäftigung, weil Arbeitslose durch zu hohe soziale Unterstützung zu unflexibel geworden seien, Arbeit auch unter schlechten Bedingungen anzunehmen.

Zu hohe Gewinnsteuern würden den Unternehmen das Investieren verleiden.

Die paritätische Finanzierung einer Lebensstandard sichernden gesetzlichen Rente schließlich zwingt die Unternehmen in ein „lähmendes Korsett gesellschaftlicher Solidarität“, hielte die Beitragszahler von der Dynamik der Finanzmärkte fern und verschließe den Finanzkonzernen lukrative Geschäftsfelder.

"Zukunftsfähig" sei eine Gesellschaft im Zeitalter der Globalisierung und der schärferen internationalen Konkurrenz nur, wenn sie diese "Entwicklungsblockaden" überwinde und "Reformstaus" auflöse.

Statt für soziale Gerechtigkeit einzutreten wird sie umdefiniert: "Eigenverantwortung" und "Bedürftigkeit" als neue Grundprinzipien dieser Gesellschaft bedeuten die Abkehr vom Sozialstaatsprinzip unseres Grundgesetzes.

Auch künftig ist, trotz medienwirksamen verbalen "Umschwenkens" nichts anderes zu erwarten.

Die schwarz-gelbe Agenda

Der sog. „Pakt für Deutschland“ von CDU/CSU sowie die Positionen der FDP zur Bundestagswahl zielen auf weitere Deregulierung und Entdemokratisierung.

Der damit angekündigte Abbau von Arbeitnehmerrechten, des Kündigungsschutzes, die Verlängerung der Arbeitszeiten, die Einführung der sog. „Kopfpauschale“, die Einschränkung der Mitbestimmung und die Beseitigung der Tarifautonomie würden nicht nur der wirtschaftlichen Entwicklung schaden und die Arbeitslosigkeit erhöhen.

Dieser Pakt für Deutschland stärkt Unternehmer und ihre Verbände, spaltet die Gesellschaft und zerstört die Chancen zur Herstellung von sozialer Gerechtigkeit dauerhaft.

Die Bürgerinnen und Bürger werden im September vor die Wahl zwischen zwei Übeln gestellt. Es gibt keine Richtungswahl zwischen SPD/Grüne und CDU/FDP.

Es gibt aber die Wahl einer Alternative zur Politik der großen Koalition der vergangenen sieben Jahre.

Endlich sind Alternativen wählbar

Die große Mehrheit der Bevölkerung glaubt, dass keine der etablierten Parteien die Probleme lösen wird. Zur neoliberalen Politik der letzten 25 Jahre gab es seit 7 Jahren keine Alternative mehr. Die Linkspartei bietet diese Alternative. Wir wollen einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik.

1. Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, für eine zukunftsfähige Wirtschaft

Dazu brauchen wir eine Stärkung der Kaufkraft der Beschäftigten und ihrer Familien. Die Arbeitseinkommen folgen mindestens dem Produktivitätszuwachs und Preissteigerungen. Mindestlöhne und Ausbildungsplatzabgabe werden eingeführt.

Dazu brauchen wir ferner ein sozial und ökologisch gesteuertes Wirtschaftswachstum. Wir sind für ein umfangreiches und längerfristig angelegtes öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm und den Ausbau des Bildungswesens und sozialer Dienstleistungen.

Gegen die Arbeitslosigkeit brauchen wir deutliche Arbeitszeitverkürzungen. Dazu gehört auf gesetzlicher Ebene als erster Schritt eine wirksame Begrenzung der Arbeitszeiten.

Öffentliche und öffentlich geförderte Beschäftigung müssen ausgebaut und die aktive Arbeitsmarktpolitik wieder aufgestockt werden.

Die gegenwärtige Wirtschafts- und Lebensweise ist ökologisch nicht zukunftsfähig. Wir streben daher einen ökologischen Umbau der Industriegesellschaft an. Wir brauchen erhebliche Energieeinsparungen, einen Umstieg auf erneuerbare Energieträger und eine Reduzierung der gesamten Stoffströme. Die Energieversorgung der Zukunft wird größtenteils auf Sonnenenergie beruhen. Dies muss schon heute entschieden vorangetrieben werden, auch durch große internationale Kooperationsprojekte. Damit wird vielen internationale Auseinandersetzungen und Kriegen um Ressourcen die Grundlage entzogen.

2. Stärkung der öffentlichen Finanzen durch gerechte Steuern

Eine andere Politik ist möglich und bezahlbar.

Die Kassen sind leer, da der Anteil, den Vermögende und Konzerne zum Steueraufkommen beitragen, in den letzten Jahren dramatisch gesunken ist.

Wären die Steuereinnahmen noch auf dem Niveau des Jahres 2000, würde der Staat jährlich 60 Mrd € mehr einnehmen.

Wir wollen die progressive Besteuerung aller Einkommensarten auf Grundlage einer vollständigen Erfassung der unternehmerischen Gewinneinkommen und aller anderen Kapitalerträge. Die Steuerschlupflöcher für Unternehmen und Bezieher hoher Einkommen müssen gestopft werden. Wir treten ein für eine deutliche Erhöhung des Spitzensteuersatzes, für die Wiedereinführung einer Vermögens- und eine Erhöhung der Erbschaftssteuer.

3. Für einen solidarischen Sozialstaat

Wir wenden uns gegen einen Systemwechsel in der Krankenversicherung

durch den Übergang zum Modell der Kopfprämien. Unsere Reformvorstellungen folgen dem Prinzip der solidarischen BürgerInnenversicherung. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen in die Versicherungspflicht einbezogen werden.

Die paritätische Finanzierung zwischen Unternehmen und Lohnabhängigen wird beibehalten, die Kapital- und Vermögenseinkommen werden in die Beitragbemessung einbezogen.

Nach der Kranken- und Pflegeversicherung muss auch die Rentenversicherung mittelfristig auf alle Erwerbstätigen erweitert werden.

Das Leben sollte so lange wie möglich eigenständig bzw. im Familienverbund möglich sein. Das oft unwürdige Leben im Pflegeheim ist eine Schande für unsere Gesellschaft. Deshalb sind umfassende Investitionen in Infrastruktur und Personal zum Abbau des Pflegeotstandes notwendig.

4. Arbeitslosigkeit statt Arbeitslose bekämpfen

In der Arbeitslosenversicherung muss das Arbeitslosengeld für langjährig Versicherte nötigenfalls auch deutlich länger als ein Jahr gezahlt werden. Im Anschluss muss wieder wie vor Hartz IV Arbeitslosenhilfe gezahlt werden. Gleichzeitig muss die Arbeitslosenversicherung armutsresistent gemacht werden. Unterbrochene Erwerbsbiographien, unregelmäßige, schlecht bezahlte und sozial ungeschützte Beschäftigung dürfen nicht in Armut münden. Jedem Menschen muss ein menschenwürdiges Leben ermöglicht werden. Die Verschlechterungen durch die Hartz-Gesetze müssen zurückgenommen werden. Jobs, die schlechter als tariflich oder ortsüblich bezahlt werden oder die Qualifikationen der Menschen nicht berücksichtigen, müssen wieder als unzumutbar abgelehnt werden können. 1 Euro-Jobs müssen abgeschafft und durch öffentlich geförderte Beschäftigung ersetzt werden.

5. Kapitalmacht begrenzen

Mitbestimmung und Beteiligung der Beschäftigten am Produktivvermögen werden ausgebaut.

Aktioptionen für Manager werden verboten. Bei Unternehmensfusionen werden Belegschaftsabstimmungen durchgeführt. Die Regulierung und Kontrolle auf den Finanzmärkten wird ausgebaut. Die wachsenden Ansprüche der Eigentümer und Aktionäre auf leistungslose Einkommen sind nur durch eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft zurückzudrängen. Die Steuerbefreiung bei Beteiligungsverkäufen wird zurückgenommen.

Die internationalen Währungsverhältnisse und Kapitalströme müssen stabilisiert und kontrolliert werden. Wir fordern die Einführung einer Steuer auf internationale Devisentransaktionen und einen konsequenten Kampf gegen Steueroasen.

6. Nein zur Privatisierung

Wir kämpfen gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Versorgung der Menschen mit Wasser, Strom, Gesundheitsversorgung, Bildung und öffentlichen Transportmitteln ist eine gesellschaftliche Aufgabe,

die nicht vom Geldbeutel abhängen darf. Deswegen fordern wir ein Zukunftsinvestitionsprogramm zur Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

7. Hochwertige Bildung für alle, Chancengleichheit voran bringen

Wir wollen ein öffentliches und demokratisches Bildungswesen und keine Privatisierung der Bildung.

Wir wollen qualifizierte Ausbildungsangebote für alle Jugendlichen: Wer nicht ausbildet, muss zahlen. Wir wollen den Ausbau der Hochschulen und die Gebührenfreiheit für Schulen und Hochschulen.

Neben Krippenplätzen muss es zügig ein umfassendes Vorschulangebot geben. Dazu gehören qualifizierte Ganztages-Kinderbetreuung für alle Altersklassen, in denen keine vorzeitige Auslese vorgenommen wird; Die Gleichstellung von Männern und Frauen gehört zu den Grundfesten einer demokratischen Gesellschaft. Sie erfordert nicht nur den rechtlichen Schutz vor Diskriminierung, sondern auch die aktive Förderung der Geschlechter, wo immer überkommene Rollenbilder eine gleichwertige Teilhabe an Beruf und Gesellschaft verhindern.

Frauen und Männer müssen die freie Entscheidung darüber haben ob sie Teilzeit oder Vollzeit erwerbstätig sein wollen oder gar nicht. Erforderlich ist der Ausbau des Elterngeldes, eine Kindergrundsicherung, sowie von Teilzeitarbeit und Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeitbeschäftigung.

Dazu gehört auch die Abschaffung des Ehegattensplittings mit Übergangsregelungen. Jede Erwerbsarbeit muss sozialversicherungspflichtig sein, damit Frauen während ihres Arbeitslebens auch Rentenansprüche erwerben und einen Krankengeldanspruch haben.

Ein besonders benachteiligter Personenkreis unserer Gesellschaft sind die über 7 Millionen Menschen mit Behinderungen sowie die etwa 20 Millionen Bürgerinnen und Bürger, die von einer chronischen Erkrankung betroffen sind.

Insbesondere wenden wir uns gegen die Diskriminierung Behinderter und setzen uns ein für die Einrichtung von Behindertenräten, Erhöhung der Quote zur Einstellung Behinderter und Erschwerung der Flucht aus der Verantwortung durch Zahlung einer Ausgleichsabgabe und die konsequente Verfolgung von Verstößen gegen das Schwerbehindertenrecht.

8. Stärkung der Bürgerrechte

Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung ist unverzichtbar für die Entwicklung des sozialen Zusammenhalts. Die Beseitigung jeglicher Diskriminierungen ist ein wichtiger Beitrag zur Selbstverwirklichung der Menschen in Freiheit.

Wir lehnen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entschieden ab, weil sie unserem humanistischen Weltbild widersprechen. Die Menschenrechte sind unteilbar.

Die verfassungsmäßigen Grundrechte sind unveräußerbar.

Wir sind gegen Sondergesetze, Abschiebehaft und Schikane. Alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, müssen gleiche politische, soziale und kulturelle Rechte erhalten. In diesem Zusammenhang setzen wir uns entschieden für die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft ein.

Wir fordern unentgeltliche Sprachkurse für alle Eingewanderten.
Wir stehen für einen entschiedenen Kampf gegen alle Formen offener und verdeckter politischer Korruption und Bereicherung.
Wir treten ein für ein Verbot aller bezahlten »Nebentätigkeiten« für Abgeordnete und die Beseitigung der Überversorgung bei politischen Funktions- und Mandatsträgern.

Wir treten für mehr Demokratie ein. Volksbefragungen und Volksentscheide sind zentrale Instrumente zur Durchsetzung weitgehender direkter Demokratie.

9. Europa ist mehr als eine Freihandelszone

Wir sind für ein demokratisch organisiertes, soziales und friedliches Europa und lehnen daher die vorliegende EU-Verfassung in ihrer neoliberalen und sehr begrenzt demokratischen Ausrichtung ab.

Dazu fordern wir eine Volksabstimmung auch in Deutschland. Wir wollen die Rücknahme aller Bestimmungen, die Deregulierung und Privatisierung vorantreiben. Wir treten ein für die volle Herstellung der Rechte und Pflichten des Europäischen Parlaments als der Volksvertretung aller Europäerinnen und Europäer sowie für das Recht der Volksbefragung und des Volksentscheides auf europäischer Ebene. Wir sind gegen eine Militärmacht Europa.

Wir sind für die Anhebung der europäischen Sozialstandards, ein europäisches öffentliches Infrastrukturprogramm und steuerliche Mindestsätze.

10. Für Frieden und Solidarität

Wir lehnen die Aufrüstung der NATO, der EU-Streitkräfte und der Bundeswehr ab. Sie dürfen nicht für die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen oder für einen »Krieg gegen den Terrorismus« eingesetzt werden.

Wir wollen die Rüstungsgeschäfte bundesdeutscher Konzern beenden.

Wir wenden uns gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr, Kriegseinsätze unter der Flagge der EU sowie jegliche Unterstützung von Kriegseinsätzen der USA oder anderer Länder im Irak oder anderswo.

Völkerrecht und Genfer Konvention müssen beachtet werden.

Wir setzen uns für die weltweite Abschaffung der Atomwaffen und Entwicklung von Sicherheitspartnerschaften ein.

Die Entwicklungshilfe muss auf 0,7% des Bruttoinlandsprodukts angehoben, so wie es die Vereinten Nationen fordern.

Im Zentrum unserer Politik stehen die Erhaltung und die grundlegende Erneuerung des Sozialstaates.

Er ist eine wesentliche zivilisatorische Errungenschaft. Lange und erbitterte gesellschaftliche Auseinandersetzungen haben ihn im vergangenen Jahrhundert

zwar noch nicht verwirklicht, aber doch Wesentliches durchsetzen können. Den Sozialstaat sichern, heißt, ihn für die Bedingungen im 21. Jahrhundert weiter zu entwickeln.

Wir sind die Opposition gegen die herrschende, neoliberal bestimmte Politik. An einer Regierung im Bund werden wir uns nur dann beteiligen, wenn dies zu einem grundlegenden Politikwechsel auf der Basis unseres Gründungsprogramms führt. Wir werden uns nicht an einer Regierung beteiligen oder sie tolerieren, die Sozialabbau betreibt.

Jede Zusammenarbeit mit neonazistischen und anderen rechtsgerichteten Parteien oder Gruppierungen lehnen wir entschieden ab.

Wir haben heute die Chance, gemeinsam eine neue, starke soziale Alternative zur neoliberal dominierten Einheitspolitik der etablierten Parteien aufzubauen. Deshalb rufen wir zur Wahl der Linkspartei auf und wollen in den kommenden Jahren weiter an diesem gemeinsamen Ziel arbeiten. Das wird auch die sozialen Kräfte außerhalb des Parlaments und der Parteien wesentlich stärken.

Wir wollen den Kapitalismus nicht nur mit Worten kritisieren, sondern ihm im politischen Handeln soziale und ökologische Schranken setzen und die Macht des Kapitals zurückdrängen. Wir streben ein breites Bündnis mit allen Menschen an, die mit uns in dem Gedanken geeint sind - eine andere Politik ist möglich und machbar.

**Die Chance für eine neue soziale Kraft besteht.
Wir werden sie nutzen.**